

Die Schweiz ist ein Museenland

Museumsstatistik Die Menschen in der Schweiz gehen häufiger ins Museum als ins Kino: Das ist eine der Erkenntnisse, welche die erste Museumsstatistik des Bundes zutage fördert. Insgesamt gibt es hierzulande 1111 Museen. Dies belege die grosse Bedeutung der Museen, sagte Isabelle Chassot, die Direktorin des Bundesamtes für Kultur (BAK), gestern bei der Präsentation der Statistik. Die 1111 Museen verbuchten im Jahr 2015 12,1 Millionen Eintritte. Fast drei Viertel der Museen kamen aber auf weniger als 5000 Eintritte, während 4,4 Prozent 50 000 und mehr Eintritte verzeichneten. Mehr als ein Viertel aller Besuche entfiel auf Kunstmuseen.

Durchschnittlich verbuchten Kunstmuseen 19 500 Eintritte. Ebenfalls beliebt sind naturwissenschaftliche Einrichtungen mit durchschnittlich 24 000 Eintritten. Am wenigsten besucht werden die regionalen und lokalen Museen (durchschnittlich 1800 Eintritte), von denen es mehr gibt als von jedem anderen Museumstyp. Von den 1111 Museen sind 367 regionale und lokale Institutionen. Kunstmuseen folgen an zweiter Stelle (171), vor technischen (140), historischen (126) und naturwissenschaftlichen (59) Museen.

In jedem vierten Dorf ein Museum

Die Museen sind über das ganze Land verstreut. In mehr als einem Viertel der Gemeinden befindet sich mindestens ein solche Institution. Am meisten Museen gibt es in der Deutschschweiz, die italienischsprachige Schweiz hat die höchste Museumsdichte. Einen internationalen Vergleich hat das Bundesamt für Statistik nicht vorgenommen, doch dürfte die Schweiz bei der Dichte zu den Spitzenreitern gehören, wie Direktor Georges-Simon Ulrich sagte. Viele Museen werden überwiegend durch die öffentliche Hand finanziert. Fast die Hälfte (49 Prozent) gab diese als Hauptfinanzierer an.

Im Jahr 2014 haben 72 Prozent der Bevölkerung ein Museum, eine Ausstellung oder eine Galerie besucht. Diese Ergebnisse entstammen einer Erhebung, für die rund 16 500 Personen der ständigen Wohnbevölkerung zu ihrem Kultur- und Freizeitverhalten befragt wurden. (sda)

Premiere in Buenos Aires

Präsidiarreise Erstmals hat mit Doris Leuthard eine Bundespräsidentin Argentinien besucht. Sie lobte die Reformen von Präsident Macri. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sollen nun rasch beginnen.

Maja Briner, Buenos Aires

Es ist eine Premiere: Bundespräsidentin Doris Leuthard ist gestern in der «Casa Rosada», dem argentinischen Präsidentenpalast, empfangen worden – als erste Schweizer Bundespräsidentin überhaupt. «Es ist eine sehr grosse Ehre», sagte Leuthard bei der gemeinsamen Medienkonferenz mit dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri. Für ihn fand Leuthard lobende Worte: Macris Regierung habe mutig Reformen angepackt. «Wir sind überzeugt, dass das die richtige Richtung für Argentinien ist», sagte Leuthard. Es sei ein schwieriger Weg, die Resultate würden nicht von einem Tag auf den anderen kommen, sagte sie – und versicherte Macri: «Die Schweiz steht an Ihrer Seite und bedankt sich für die Reformen.»

Der liberale Unternehmer Macri ist seit anderthalb Jahren Präsident von Argentinien. Nach zwölf Jahren linkspopulistischer Regierung des Ehepaars Kirchner leitete Macri liberale Wirtschaftsreformen ein. Diese wecken indes Widerstand in Teilen der Bevölkerung; kürzlich legte ein Generalstreik Buenos Aires lahm. Macri aber liess sich davon bisher nicht beeindrucken.

Verhandlungen starten vor Mitte Jahr

Vorwärts machen wollen Leuthard und Macri beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der südamerikanischen Wirtschaftsunion Mercosur und der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), zu der auch die Schweiz gehört. Die Verhandlungen sollen noch vor Mitte Jahr starten, wie Leuthards Departement nach dem Treffen mitteilte. Macri zeigte sich sehr erfreut: «Wir sind enthusiastisch über die Kooperation zwischen Mercosur und Efta», sagte er. Das biete viele Chancen.

Allerdings: Mit der EU verhandelt Mercosur schon seit Jahren über ein Freihandelsabkommen. Leuthard zeigte sich im Gespräch mit unserer Zeitung dennoch optimistisch für die anstehenden Verhandlungen. Man kenne sich relativ gut, viele Vor-



Bundespräsidentin Doris Leuthard mit Argentinien's Präsident Mauricio Macri in der «Casa Rosada».

Bild: Remo Nägele

arbeiten seien schon geleistet, und Macri unterstütze das Freihandelsabkommen persönlich, sagte sie. «Für die Efta könnte es einfacher sein, das Abkommen auszuhandeln, als für die EU, da die Efta kleiner ist», sagte sie. Einen Zeitplan für das Abkommen konnte sie nicht nennen.

Nicht nur via Efta und Mercosur sollen die Schweiz und Argentinien enger zusammenarbeiten, sondern auch bilateral. Leuthard und Macri vereinbarten gestern in einer gemeinsamen Präsidiarerklärung, die Beziehungen zu intensivieren. Neben Wirtschaft und Handel streben die beiden Länder auch in anderen Bereichen eine engere Kooperation an, etwa in der Wissenschaft, der In-

frastruktur und im Umwelt- und Klimaschutz an.

Begleitet wird Leuthard bei ihrem Besuch in Buenos Aires von einer über 20-köpfigen Delegation aus der Wirtschaft. Diese sieht auch dank Macris Reformen neue Chancen. Die Schweiz ist in Argentinien die Nummer sechs, was Investitionen angeht, wie Leuthard vor den Medien betonte. Nach Gesprächen mit argentinischen Ministern sei sie zuversichtlich, «dass Schweizer Firmen weiterhin in Argentinien Arbeitsplätze schaffen und gute Bedingungen vorfinden können», sagte sie.

Interessant für die Schweiz ist Argentinien auch deshalb, weil das Land nächstes Jahr die Grup-

pe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die G20, präsidiert. Da die Schweiz nicht Mitglied ist, kann sie bei den G20-Treffen jeweils nur teilnehmen, wenn sie vom vorsitzenden Land – diesmal eben Argentinien – eingeladen wird.

Arme Schweiz, reiches Argentinien

Macri und Leuthard betonten beide, die Schweiz und Argentinien hätten dank der Schweizer Auswanderer eine langjährige Verbindung. Im 19. Jahrhundert wanderten etliche Schweizer, insbesondere ärmere, ins damals reichere Argentinien aus. Das Land habe vielen Schweizern eine neue Heimat und eine Zu-

kunft geboten, sagte Leuthard. «Und sie fühlten sich hier offenbar so wohl, dass sie nicht zurückkehren wollten.» In Argentinien leben heute rund 16 000 Schweizer – es ist die grösste Auslandschweizergemeinschaft Lateinamerikas. «Das ist eine gute Basis für eine Zusammenarbeit», sagte Präsident Macri.

Während ihres Aufenthalts in Buenos Aires will sich Leuthard auch mit Auslandsschweizern treffen. Auf dem Programm steht zudem unter anderem die Besichtigung der Untertunnelung der Sarmiento-Eisenbahnlinie, bevor es nach Peru weitergeht. Auch dort wird Leuthard die erste Bundespräsidentin sein, die das Land besucht.

Die Mühen der Eritreer

Integration Eritreischen Flüchtlingen fällt es schwer, in der Schweiz beruflich Fuss zu fassen. Gründe dafür sind neben der Sprachbarriere der Bildungshintergrund sowie die Sozialisation in einem totalitären Regime.

Anfang April luden Exil-Eritreer in die Rote Fabrik in Zürich. Diskutiert wurde unter anderem über das Bild, das die Medien von den hier lebenden Eritreern zeichnen. Dieses sei undifferenziert und entmutigend, hiess es. Eritreer würden als faul und nicht integrierbar bezeichnet.

Dass sich Flüchtlinge aus Eritrea schwertun mit der sozialen und beruflichen Integration, das ist allerdings eine Tatsache. So hielt die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2015 in einem Bericht fest, für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen aus Eritrea seien die Chancen auf eine qualifizierte Anstellung ge-

ring und der Abschluss einer Berufslehre in der Schweiz «ein langer Weg».

Und auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von 8350 als Flüchtlinge anerkannten Eritreern im erwerbsfähigen Alter waren Ende Februar lediglich 1650 erwerbstätig, das ergibt eine Erwerbsquote von rund 20 Prozent. Bei den vorläufig Aufgenommenen beträgt die Quote gar nur 16,4 Prozent. 2015 bezogen rund 84 Prozent der eritreischen Flüchtlinge, die sich in der finanziellen Zuständigkeit des Bundes befanden, Sozialhilfe. Die Zahlen sind zwar ernüchternd und liegen unter dem Durchschnitt aller Herkunftsländer. Die Erwerbs-

quote von anerkannten Flüchtlingen aus anderen wichtigen Herkunftsländern wie Syrien oder Afghanistan ist aber noch tiefer, die Sozialhilfequote noch höher.

Guido Graf: Eigeninitiative ist ungenügend

Doch bei der Integration von eritreischen Flüchtlingen scheinen sich ganz spezifische Probleme zu stellen. Die Mehrheit der befragten Sozialarbeiter stellte fest, dass die Eritreer zumindest zu Beginn sehr unselbstständig seien, heisst es im Bericht der Zürcher Fachstelle für Integrationsfragen. Durch die Sozialisation in einem totalitären Regime sei das Gefühl für Selbstbestimmung und Eigen-

verantwortung weniger stark vorhanden als bei anderen Gruppen. Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (CVP) teilt diese Einschätzung: «Die Eigeninitiative ist zum Beispiel bei Personen aus Afghanistan stärker ausgeprägt.»

Erschwerend hinzu kommt der fehlende Bildungshintergrund aufgrund des Nationaldienstes. Dieser ist für Männer und Frauen obligatorisch und dauert gemäss Gesetz 18 Monate. In der Realität sei der Dienst aber weiterhin zeitlich unbefristet und dauere meist mehrere Jahre, hielt das Staatssekretariat für Migration im vergangenen Jahr fest. «Durch den Nationaldienst verfügen die Personen aus

Eritrea oft nicht über eine eigentliche berufliche Ausbildung», sagt Tatjana Hulliger vom Sozialamt des Kantons Bern.

Landsleute sollen Integration erleichtern

Ron Halbricht arbeitet eng mit Eritreern zusammen. Er leitet die Zürcher Sektion des National Coalition Building Institute (NCBI), das sich für die Integration von Ausländern einsetzt. «Ein grosses Problem ist die fehlende Integration während des Asylprozesses», sagt Halbricht. Häufig kämen die eritreischen Flüchtlinge erst nach dem Asylentscheid in den Genuss von staatlichen Integrationsmassnah-

men wie etwa Sprachkursen. Bis dahin seien die anfänglich sehr motivierten Eritreer aber oft bereits demotiviert und frustriert.

Nach positiven Erfahrungen in Zürich versucht das Bildungsinstitut NCBI nun auch in der Ostschweiz, die Integration von Eritreern mittels Unterstützung von ausgebildeten Landsleuten – sogenannten «Brückenpersonen» – voranzutreiben. Beteiligt sind Stadt und Kanton St. Gallen sowie Appenzell Ausserrhoden. Das Problem ist, wie so oft, das Geld: «Die Finanzierung ist eine riesige Herausforderung», sagt Halbricht.

Tobias Bär

Übrigens ...

Kinderbazar ohne Ende

200 Franken erhalten Eltern im Kanton St. Gallen als Kinderzulage. 250 Franken beträgt die Ausbildungszulage. Gerade so viel, wie der Bund den Kantonen als Minimum vorschreibt. Die Regierung will nicht tiefer in die Tasche greifen. «Schäbig», wirft ihr die Linke vor. Kinder müssten ihr mehr wert sein. Und so kommt es, dass die SP höhere Familienzulagen fordert; die beiden Zulagen müssten um je 100 Franken erhöht werden. Das Kantonsparlament verwirft die Idee in Bausch und Bogen. Da die Niederlage der Linken vorhersehbar war, hat sich die CVP gewappnet. Die Familienpartei zückt die Kompromisskarte, wie es sich für eine gute Mittepartei gehört. Um 50 Franken soll die Kinderzulage erhöht werden. Doch das Parlament erliegt der Verlockung nicht und schmettert auch diesen Vorschlag ab – wenn auch knapp.

Die Linke und die Familienpolitiker wittern Morgenluft. Die Familienzulagen müssen nochmals auf Tapet gebracht werden – «Rückkommen» nennt sich das in der Politikersprache. Geschehen soll dies nächste Woche in der Aprilsession. Beide Parteien haben bereits konkrete Ideen. Die CVP schlägt einen Kompromiss zum Kompromiss vor und fordert noch je 30 Franken mehr für die Kinder- und die Ausbildungszulage. Ein wahres Discountangebot unterbreitet die SP. Sie fordert keine 100 Franken Erhöhung mehr, sie ist nun bereits mit je 40 Franken zufrieden.

Wie viel sind uns die Kinder und ihre Ausbildung nun (mehr) wert? 100 Franken? 50 Franken? 40 Franken? Oder doch nur 30 Franken? Liebe CVP, liebe SP: Setzen Sie diesem Familienzulagen-Bazar und -Ausverkauf ein Ende! Beginnen Sie morgen mit dem Sammeln der Unterschriften für Ihre angedrohten Initiativen, sonst stimmen wir am Ende noch über 10 Franken ab. (rw)

Das Tanzverbot bleibt sakrosankt

Ruhetagsgesetz Das Tanzverbot ist der Thurgauer Regierung heilig. «Die Achtung der christlichen Werte sowie des Ruhebedürfnisses ist höher zu gewichten als der Anspruch auf permanente Unterhaltungsveranstaltungen», schreibt der Regierungsrat in seiner ablehnenden Antwort auf die Motion zur Anpassung des Ruhetagsgesetzes. Eine Gruppe von Kantonsräten will mit einem Vorstoss erreichen, dass sich Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Betttag und Weihnachten rechtlich nicht mehr von einem gewöhnlichen Sonntag unterscheiden. Heute gilt für diese fünf Tage das sogenannte Tanzverbot, das öffentliche Film- und Theateraufführungen, Versammlungen, Umzüge, nichtreligiöse Konzerte, Schiessübungen und Sportveranstaltungen explizit gesetzlich verbietet. (sme)



Die Modenschau wird viermal täglich vorgetragen und präsentiert Frühlings- und Sommermode.

Bild: Urs Bucher

Blind an der Offa

Frühlingsmesse Heute startet die Offa. Thema des gestrigen Eröffnungsanlasses war das Blindsein. Zwei Gastredner, die ohne Augenlicht leben, erzählen aus ihrem Alltag.

Arcangelo Balsamo
arcangelo.balsamo@tagblatt.ch

Ein Leben ohne Spiegel: Was für Models undenkbar ist, gehört für Blinde zum Alltag. So auch für zwei sehbehinderte Gastredner, die an der gestrigen Eröffnungsfeier der Offa aus ihrem Leben erzählten. Anlass für ihren Auftritt ist eine der Sonderschauen der diesjährigen Frühlings- und Trendmesse. Im Dunkelzelt von Obvita, der Organisation des Ostschweizerischen Blindenfürsorgevereins, werden Sehende der Dunkelheit ausgesetzt und von Blinden oder Sehbehinderten geführt.

Einer von ihnen ist Virgil Desax, der gestern mit der ebenfalls blinden Radiojournalistin und

Schriftstellerin Yvonn Scherrer eine Diskussion führte. Dabei gingen die beiden auf Fragen ein, die sie häufig gestellt bekommen, wie etwa: «Wie lebt es sich ohne Spiegel?» Ein Spiegel sei für sie einfach nur eine glatte Oberfläche, sagte Yvonn Scherrer. Er könne rechteckig oder oval sein und hänge einfach nur da. Manchmal stehe sie davor, lache ihn aus und strecke ihm die Zunge heraus, weil er auf sie nicht dieselbe Macht ausübe wie auf andere Frauen.

Wie lange sie schon blind seien, würden sie auch oft gefragt. Die Radiojournalistin sagte, sie sei im Alter von sieben Monaten erblindet. Grund war eine Operation. Wäre diese nicht durchgeführt worden, hätte sich

ihr Tumor am Sehnerv weiter ausgebreitet. «Die Operation hat mir das Leben gerettet.»

Mit moderner Technik zum Rheinflall gewandert

Auch Virgil Desax war nach einer Operation erblindet; beim ihm war es allerdings ein Chirurgenfehler. Er war damals 22 Jahre alt. Er habe keinen Groll gegen die Ärzte, er lebe mittlerweile wie früher und schätze heute das Leben mehr. Er hob hervor, dass es heutzutage dank der modernen Technik viele Möglichkeiten gebe, auch als Blinder ein normales Leben zu führen. Einmal sei er sogar zu Fuss von Weinfelden an den Rheinflall gewandert, lediglich mit Blindenstock und Handy, das ihm den Weg wies.

«Alleine bis zum Rheinflall gehen – das wäre ein Albtraum für mich», sagte Yvonn Scherrer. Es sei für sie etwas vom Schönsten, mit ihrem Blindenhund als eingespeltes Team durch den Bahnhof zu «schweben».

Nicolo Paganini, Direktor der Olma-Messen St. Gallen, zeigte sich beeindruckt und «ein wenig gerührt». Er wünschte sich, dass möglichst viele Offa-Besucher das Dunkelzelt besuchen und etwas über das Blindsein erfahren.

41. Frühlings- und Trendmesse Offa: ab heute bis Sonntag, 23. April, täglich von 10 bis 18 Uhr, Degustationshallen von 11 bis 21 Uhr geöffnet. 524 Aussteller und über 20 Sonderschauen.

800 Teilnehmer am Ostermarsch

Bodensee-Friedensweg Der neunte Ostermarsch am Bodensee fand dieses Jahr in Friedrichshafen statt. Am Ostermontag beteiligte sich wiederum eine grosse Delegation aus der Schweiz, die am Mittag von Romanshorn her, wo der Ostermarsch vergangenes Jahr stattgefunden hatte, mit der Fähre eingetroffen war. Von der Anlegestelle in Friedrichshafen zogen die über 800 Teilnehmer durch die Stadt zum Adenauer Platz vor dem Rathaus.

Dort trat unter anderem auch die St. Galler SP-Nationalrätin Claudia Friedl vor die Menge. Sie beschäftigte sich in ihrer Ansprache vor allem mit der aktuellen Lage in der Türkei nach der Zustimmung zur autoritären Verfassung Erdogans vom Sonntag. Als Beobachterin reiste Friedl kürzlich in die kurdischen Gebiete. Sie forderte die türkische Regierung am Montag auf, alle politischen Häftlinge freizulassen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen, die Repression gegen das kurdische Volk zu stoppen und den Krieg in der Osttürkei und Syrien zu beenden.

Gesellschaftlicher Streit ist wichtig

Zum diesjährigen Internationalen Bodensee-Friedensweg hatten mehr als 60 kirchliche, soziale und friedenspolitische Organisationen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland aufgerufen. Der Ostermarsch stand unter dem Motto «Von der Kriegslogik zur Friedenskultur». Andreas Zumach, Friedensaktivist und UNO-Korrespondent aus Genf, hielt dazu eine Grundsatzrede. Fünf Punkte seien für eine Kultur des Friedens wichtig: Beharrlichkeit; grundsätzliche Dialogbereitschaft mit allen, die an kriegerischen Konflikten beteiligt sind; einen kühlen Kopf bewahren, insbesondere wenn nicht alle Fakten geklärt sind; Glaubwürdigkeit sowie fantasievoller Widerstand. Denn Friede werde nur erreicht, wenn die Bürger wieder bereit seien, gesellschaftlich zu streiten. (red)

SP droht mit Initiative, falls Parlament nicht einlenkt

Kinderzulagen Schon in der ersten Lesung hatte die SP-Grünen-Fraktion im Kantonsrat höhere Kinder- und Ausbildungszulagen gefordert. Der Kanton St. Gallen richtet diese in der vom Bund gesetzlich vorgegebenen Mindesthöhe von 200 respektive 250 Franken aus. Die Linke forderte erfolglos die Erhöhung beider Beiträge um je 100 Franken. Auch der Kompromissvorschlag der CVP-GLP-Fraktion, lediglich die Kinderzulagen um 50 Franken zu erhöhen, war im Parlament durchgefallen – allerdings knapp mit 62 zu 53 Stimmen.

«Die Fraktionsspitzen von SP-Grünen und CVP-GLP verständigten sich auf ein Rückkommen in der zweiten Lesung der Vorlage», sagt SP-Fraktionschef Peter Hartmann. Seine Fraktion fordert neu eine Erhöhung beider Zulagen um 40 Franken, wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Sollte das Rückkommen in der Aprilsession des Kantonsrats keine Mehrheit finden, kündigt die SP an, dass ihre Kantonsräte dem Parteitag Ende April die

Lancierung einer Initiative vorschlagen würden. Die Vorbereitungsarbeiten seien schon weit fortgeschritten. Konkrete Angaben macht die Partei aber keine. SP-Präsident Max Lemmenmeier sagt nur so viel: «Ich bin zuversichtlich, dass wir uns mit weiteren Parteien auf eine angemessene und für alle Familien spürbare Erhöhung der Zulagen einigen werden.»

Linke fordern Einhaltung des Versprechens

Weiter fordert die SP-Grünen-Fraktion die Regierung auf, ihr Versprechen zur «nun nötig gewordenen Einmaleinlage» einzuhalten. Dabei gehe es nicht in erster Linie um einen politischen Entscheid, sondern um die Verlässlichkeit des Kantons als Arbeitgeber. Bereits am Osterwochenende hatten die anderen Fraktionen ihren Standpunkt in der Angelegenheit kommuniziert (Ausgaben vom 15. und 18. April). SVP und FDP sprachen sich gegen die Einmaleinlage aus, CVP-GLP dafür. (hrt)

Der berühmte letzte Tropfen

Demonstration Morgen geht das Staatspersonal auf die Strasse. Es wehrt sich für eine 200-Millionen-Einlage für die Pensionskasse.

Es war viel von Vertrauen die Rede an der gestrigen Medienkonferenz der St. Galler Personalverbände. Von Vertrauen in abgegebene Versprechen, Vertrauen in den Service public und Vertrauen, dass die Rente im Alter noch reicht. Weil das Staatspersonal befürchtet, dass dieses Vertrauen vom Kantonsrat missbraucht wird, wird es morgen Donnerstag auf die Strasse gehen. Denn die Finanzkommission (Fiko) des Kantonsrates will den Angestellten des Kantons die einmalige Zahlung von 200 Millionen Franken in deren Pensionskasse verweigern.

Damit breche die Fiko das Versprechen des früheren Finanzdirektors Martin Gehrer, hiess es gestern. Falls das Parlament nächste Woche entgegen des Antrags der Fiko die Gelder bewilligt, werden später die Stimmberechtigten an der Urne mitentscheiden können. Stellvertretend für die 25 000 Versicher-

ten wehrten sich gestern St. Galler Polizistinnen, Lehrer, Richterinnen und das Pflegepersonal «gegen den Vertrauensbruch und die Fehlberechnungen des Kantons»: «Es war schon 2014 klar, dass die gewählten Parameter für die Pensionskasse zu hoch waren», erklärte Maria Huber, Präsidentin der Personalverbände-konferenz und Regionalsekretärin der Gewerkschaft VPOD.

Prinzipientreue auch vom Staat erwarten

Die Verbände hätten dies nur akzeptiert, weil die Regierung das Versprechen der zusätzlichen Einmaleinlage abgegeben hatte. «Die heutigen Entscheidungsträger haben dieses Versprechen damals mitgetragen oder zumindest nicht opponiert», sagte Esther Wohlfender vom Berufsverband Pflege. Und Hansruedi Vogel vom kantonalen Lehrern- und Lehrerinnenverband verlangt von der Politik dieselbe

Verlässlichkeit, die auch das Staatspersonal täglich liefere. Roman Schoch, Vertreter der st. gallischen Richterinnen und Richter, hofft, dass sich der Kantonsrat doch noch als verlässlicher Arbeitgeber zeigen werde. «Das ganze Jahr über stehen wir als Polizisten für Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrheit», sagte Bertrand Hug, Vertreter der Kantonspolizisten. Dies sei eine Prinzipientreue, die man auch vom Staat erwarten dürfe.

Die Kundgebung findet um 17.30 Uhr in der Marktgasse statt. Bei der letzten Kundgebung im November 2012 hatten rund 5000 Kantonsangestellte gegen die damals geplanten Kürzungen ihrer Löhne um 1,5 Prozent protestiert. Der Kantonsrat verzichtete daraufhin auf direkte Lohnkürzungen, reduzierte allerdings das gesamte Lohnbudget.

Sina Bühler
ostschweiz@tagblatt.ch